



INSTYTUT PÓŁNOCNY

im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie



ARCHIWUM
PAŃSTWOWE
W OLSZTYNIE

Johannisburger Zeitung

Ausgabe A.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Der Preis der Johannisburger Zeitung allein 3 M. vierteljährlich mit Kreisblatt 1,30 M. mehr ohne Beilagen. Beilagen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. — Belegnummer 16 Pf.

Parteiloses
Publikations-Organ



für den
Kreis Johannisburg.

Verantwortliche: Die Redaktion der Johannisburger Zeitung
Verleger: Johannisburger Zeitung
Druck: Johannisburger Zeitung

Schriftleitung: Geschäftsstelle: Johannisburg Ostr.,
St. Johannisstr. 10. — Fernruf Nr. 11.

Druck und Verlag: Johannisburger Zeitung G. m. b. H.

Beilage: **Johannisburger Kreisblatt**
wöchentlich 1 mal.

Verleger: Johannisburger Zeitung
Verlagshaus: Johannisburg 1. St.

Verantwortliche: Friedrich Bauer, Johannisburg

Nr. 73.

Sonnabend, den 26. Juni 1920.

Jahrg. 1920.

Neueste Nachrichten.

Der neue Reichstagspräsident.

Berlin. (S. 3.) Die Sozialdemokratie wird es, wie es heißt, ablehnen, den Präsidenten des Reichstages zu stellen, obwohl sie als die stärkste Partei dafür in Betracht käme. Dazu schreibt die Germania, daß auch beim Zentrum, das schon in hervorragendem Maße an der Regierungsbildung beteiligt ist, wenig Neigung bestehe, den Präsidentenposten des Reichstages zu belegen. Das Zentrum werde sich mit einer Vizepräsidentenstelle begnügen und den anderen Parteien den Posten des Präsidenten überlassen.

Mehrheitssozialist Löbe Reichstagspräsident?

Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 23. Juni einstimmig beschlossen, ihre Ansprüche als stärkste Fraktion auf den Platz des Reichstagspräsidenten dringend zu erheben und für die von den bisherigen Vizepräsidenten der Nationalversammlung, Löbe, vorzuschlagen. Außerdem sollen noch vier Vizepräsidenten gewählt werden und zwar je ein Mitglied der Unabhängigen, des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei. Diese Parteien haben aber noch keine Kandidaten nominiert.

Kommunistische Vorschläge?

Berlin. (S. 3.) Eine geheime Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands unter Vorsitz Clara Zetkins und unter Teilnahme des Vertreters Sowjetrusslands in Berlin soll hier stattgefunden haben. Rechts- und Links-Blätter berichten, es sei die Frage des Generalstreiks am 25. Juni, am Tage nach der Eröffnung des Reichstages, sowie die Bewaffnung der Arbeiterschaft besprochen worden.

Blutige Zusammenstöße im Reich.

Die Nachrichten über Demonstrationstrawalle im Reich mehren sich ganz auffällig. Es liegt Organisation darin, wie in verschiedenen Teilen des Reiches Unruhen ausbrechen, die oft einen blutigen Ausgang nehmen und damit den Erregungszustand der Massen herbeiführen.

Von M.B. liegen folgende Nachrichten vor:

Stuttgart. Am gegen die drückende Vorlage der großen Masse des Volkes infolge der jüngsten Preissteigerung und gegen den Lebensmittelwucher im allgemeinen zu demonstrieren, hatten die vereinigten Gewerkschaften zu Kundgebungen in allen größeren Orten des Landes aufgerufen, die die U. S. P. D. dazu beizutragen, um ihre Forderung der Diktatur des Proletariats auf neue zu erheben. Während in Stuttgart die Kundgebungen ohne Zwischenfälle verliefen, kam es in Ulm und Ravensburg zu Zusammenstößen mit der Polizei bzw. Reichswehr. Bei dem Sturm auf das Rathaus gab es unter der Menge Tote und Verwundete. In Ulm bemächtigten sich radikale Elemente mit Gewalt des Waffendepots der Einwohnerwehr, das sie vollständig ausraubten. In Ravensburg und Grefeld ist es gleichfalls zu schweren Unruhen gekommen. Eine Anzahl Löwen wurden geköpft. Am Abend verurteilte die Menge das Gefängnis zu brennen, wurde aber durch die Einwohnerwehr, die schließlich feuern mußte, abgewiesen. Mehrere Personen wurden verletzt.

In Grefeld zog nach einer Massenfundgebung der Mehrheitssozialisten, die sich gegen die Teuerung richtete, eine größere Menge zur Markthalle, die vollständig ausgeplündert wurde. Am Abend brüllte der Pöbel auch das Warenhaus Tieg. Sämtliche Fensterhebeln wurden zertrümmert. Der gesamte Inhalt des Warenhauses aus allen Etagen wurde auf die Straße geschleudert. Die Schutzmannschaft in Grefeld war dem Treiben gegenüber machtlos. Bei den Zusammenstößen sind zahlreiche Personen verletzt worden.

Auch in Frankfurt a. M. haben sich ähnliche Krawalle ereignet.

Polnische Schredensherrschaft.

17 Mann erschossen!

Die Berliner „Freiheit“, der wir die Verantwortung für ihre Mitteilungen überlassen müssen, berichtet über einen neuen, wenn er sich demahnen sollte, in der Tat beispiellosen polnischen Gewaltakt: Am 25. Mai sollen in Polen 17 unabhängige Sozialdemokraten aus Graubündensherrschaft erschossen worden sein. Ueber die Vorkommnisse wird erzählt:

Am 18. April wurde der unabhängige Sozialdemokrat Polakowski, ein ruhiger, unbefehlter Arbeiter, von zwei polnischen Soldaten mit dem Seitengewehr erschossen. Sämtliche politische Parteien nahmen an der Beerdigung teil. Nach der Beerdigung fand eine kleine Versammlung unter freiem Himmel statt, welche den Zweck hatte, eine Geldsammlung für die hinterbliebene Ehefrau und die sechs kleinen Kinder Polakowski's zu veranstalten. Tags darauf wurde der Gewerkschaftsführer Bauer wegen der Veranstaltung dieser Versammlung verhaftet. Da sich die Arbeiterfraktion dieser Gewalttätigkeit nicht mehr gefallen lassen wollte, griff sie als Abwehrmittel zum Generalstreik, der durch ein Plakat angekündigt wurde, in dem die Entfernung des polnischen Militärs aus Graubünden verlangt wurde. In den nachfolgenden Tagen wurden nacheinander 17 führende Mitglieder der U. S. P. D. verhaftet und nach Thorn vor das Standgericht geschleppt, das das erwähnte Urteil fällte.

Zwei weitere verhaftete Führer sind nach Warschau gebracht und dort am 28. Mai zu je 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Großpolnische Pläne auf Ostpreußen.

Berlin. (S. 3.) Der „L.A.“ berichtet über einen zwischen Polen und der Ukraine abgeschlossenen Geheimvertrag, der einen Einbruch in die unerlässliche Landgrube der Polen verschafft. Die polnischen Machthaber wollen sich nicht nur auf die polnischen Grenzen von 1772 beschränken und ein Polen von Riga bis Odessa schaffen, sondern in dem Vertrag wird offen ausgesprochen, daß man den Landraub auch auf Ostpreußen ausdehnen möchte. Da die Polen die separatistischen Vorgänge in Ostpreußen gut studiert haben, so denken sie sich den Plan der „Eroberung Ostpreußens“ so, daß sie nach Art der Dorschen Loslösungsbestrebungen im Rheinland eine ähnliche Bewegung in Ostpreußen inszenieren wollen, um so den „freiwilligen“ Anschluß Ostpreußens an Polen zu erzielen. (1) Der Geheimvertrag sagt über die militärischen Pläne im augenblicklichen Kriege mit den Bolschewikern u. a.: Die Polen erstreben nur die Linie Dina-Dnjestr und wollen noch Homel und Kowno erobern. Auf die Eroberung von Wilna wird verzichtet. Für die nächste Zukunft wird ein Vorstoß auf Homel beabsichtigt, um von dort die bolschewistische Armee aufzurollen. Mit Lettland werden Verhandlungen gepflogen, um eine großpolnische Föderation zu bilden, in die außer Polen die der Ukraine auch Weißrußland, Lettland und Estland aufgenommen werden sollen. Auf diese Weise soll der Plan Wilna-Dnjestr, ein Polen von Riga bis Odessa zu schaffen, verwirklicht werden. Man rechnet in Polen stark damit, daß, falls die Zustände in Deutschland sich noch mehr zuspitzen und unhaltbar werden, Ostpreußen sich freiwillig diesem großpolnischen Föderativen Staat anschließen werde. Nach dieser Richtung hin werde eine intensive Propaganda in Ostpreußen betrieben. Eine Bestätigung dieser großpolnischen Pläne findet der „L.A.“, dem wir die Verantwortung für diese Enthüllungen überlassen müssen, darin, daß der Berliner ukrainische Gesandte Dr. Porich einem Interviewer der in Berlin erscheinenden russischen Zeitung „Kremja“ gegenüber auf die Frage, was mit den außerhalb der polnischen Grenzen von 1772 gelegenen Gebieten werden solle, ausweichend antwortete.

Polnische Erpressung.

Berlin. (S. 3.) Die Reisen, die den polnischen Korridor in den letzten drei Tagen passierten, erlebten, wie der „Lokal-Anzeiger“ meldet, eine neue polnische Ueberrasschung. Polnische Beamte eröffneten ihnen, daß sie für die Durchquerung des Korridors 100 polnische Mark und für die kurze Strecke von Dirschau bis zur deutschen Grenze 90 polnische Mark zahlen müßten. Diese neue unerhörte Forderung, die jeder rechtlichen Unterlage entbehrt, wurde verschärft durch die Erklärung, 100 polnische Mark seien gleich 100 deutsche Mark, d. h. die polnische Mark wurde mit einem fünfmal höheren Kurse angesehen, als sie in Wirklichkeit steht. Alle Proteste halfen nichts. Es spielten sich äußerlich erregte Szenen ab, da die Polen denen, die den neuen Zoll nicht gutwillig zahlen wollten, die Weiterreise verweigerten. Selbst den Wagen der Internationalen Kommission versuchten die Polen zu beschleunigen. Diese neue Methode, in den Besitz von Zahlungsmitteln in deutscher Mark zu gelangen, dürfte für den polnischen Staat recht einträglich sein.

Diese neue polnische Kulturart bedeutet nichts anderes als das: Vor Ostpreußens Toren liegt eine Banke

Mengeleider, die schreckliche Reaktionen erzeugen. In unkontrollierten Ländern erzeugt man sich solchen Unwillens durch Selbsthilfe. Die Institution des 2. Jahrhunderts war vor dem 6. November 1918 so weit, daß die deutsche Regierung in solchen Fällen ihre Bürger schützte.

Im übrigen macht der polnische Ausbruch an den Abteilungen wenigstens ein glänzendes Zeugnis durch die Eröffnung der Abteilungsabteilungen in den Transportsystemen.

Das wankende Reichskabinett.

Berlin. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat in ihrer Sitzung beschlossen, der von dem Abgeordneten Fehrenbach vorgebrachten Koalitionsregierung aus Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei gegenüber im neuen Reichstag nicht ein Vertrauensvotum zu bekunden, sondern Stimmhaltung zu üben. Da diese Stellungnahme in direktem Widerspruch zu den Voraussetzungen steht, die die Deutsche demokratische Partei als unbedingt notwendig für ihren Eintritt in das Kabinett Fehrenbach gestellt hat, ergibt sich eine ganz neue Situation, über die erst die kommenden Tage Klarheit bringen können.

Aus der demokratischen Fraktion wird zu der Lage folgende Erklärung abgegeben: Nachdem die demokratische Fraktion von der Stellungnahme der Sozialdemokraten Kenntnis erhalten hatte, trat sie zu einer Sitzung zusammen. Man war sich darüber klar, daß unter diesen Umständen eine Regierung, die vom Vertrauen der Mehrheit des Reichstages getragen, in Spas verfallen könne, auf der beabsichtigten Grundlage nicht gebildet werden könne und man vor einer ganz neuen Situation stehe. Von diesem Beschlusse wurde dem Parteivorstand Kenntnis gegeben, der auch angeht, der neuen Situation das der Fraktion ausgesprochene Vertrauen ausdrücklich erneuerte.

Die Berliner Presse zur Kabinettsbildung.

Berlin. (M.B.) Der optimistische Ton in den Mitteilungen über Fehrenbachs Fortschritte ist nach den Informationen des „Vorwärts“ nicht unberechtigt. Allerdings wird es, wie die „Kölnische Zeitung“ meint, nicht möglich sein, bis zur Eröffnung des Reichstages die Kabinettsbildung zu beenden. So sehr die Verlängerung der Krise zu bedauern ist, so gering wäre die politische Bedeutung der Tatsache, daß der Reichstag nach ohne Regierung sich befehlen müsse. Zunächst habe er sich selbst zu tun. Er müsse sich konstituieren und in der zweiten Sitzung sein Präsidium wählen.

Der „Lokal-Anzeiger“ will aus Kreisen der Deutschen Volkspartei erfahren haben, daß die endgültigen Verhandlungen über die Entpolitisierung der Wirtschaft durchaus zumitbeendend verlauten ließen. Es werde bestimmt damit gerechnet, daß das bürgerliche Kabinett der Mitte aufstehen könne.

Da durch das Verhalten der Linksunabhängigen die Kombination, in der die sozialistische Arbeiterfraktion den stärksten Einfluß gehabt hätte, wie der „Vorwärts“ schreibt, aus dem Bereiche der Möglichkeit ausgeschieden ist, da ferner die Wiederherstellung der alten Koalition, so schreibt das genannte Blatt weiter, gegenwärtig als unmöglich betrachtet wird und da schließlich eine Regierung weder mündenswert noch möglich ist, in der die äußerste Reaktion ausschlaggebenden Einfluß besäße, sei tatsächlich nur noch eine Regierung der bürgerlichen Mitte möglich. Sie auf die Seine zu stellen, sei die Aufgabe der an ihr beteiligten Parteien, nicht der Sozialdemokratie. Diese werde es nicht unterlassen, den Werbestück der neuen Regierung zu fördern. Sie werde es unterlassen, der neuen Regierung ein Misstrauensvotum auszusprechen, sofern ihre Zusammenlegung und ihr Programm dem entspreche, was bisher darüber bekannt geworden sei.

Die Bedingungen der Abstimmungsfahrt.

Ueber die Erleichterungen, durch die tatsächlich jedem Abstimmungsberechtigten die Reise und damit die Erfüllung der höchsten vaterländischen Pflicht möglich gemacht wird, herrscht noch vielfach Unkenntnis.

Allgemeines.

Jeder hat freie Fahrt, Unterkunft und Verpflegung während der Abstimmungsreise bis zu zehn Tagen (so weit er nicht bei Verwandten unterkommen kann). Er ist zugleich gegen Unfall auf der Reise und im Abstimmungsgebiet und gegen Verlust seines Reisegepäckes versichert.

Aufruf!

An die gesamte deutsche und masurische Bevölkerung des Kreises Johannisburg!

Die Polen und der mit ihnen zusammenarbeitende masurische Volksbund, (der nicht mit dem deutschen Masurenbund zu verwechseln ist), beabsichtigen in den nächsten Tagen in verschiedenen Ortschaften des Kreises öffentliche Versammlungen und sonstige Veranstaltungen abzuhalten.

Um Zusammenstöße und unliebsame Zwischenfälle von vornherein auszuschließen, raten die unterzeichneten politischen Parteien ihren Mitgliedern dringend, sich allen diesen polnischen Veranstaltungen grundsätzlich fernzuhalten.

Deutschnationale Volkspartei.

Christliche Volkspartei.

Deutsche Volkspartei.

Sozialdemokratische Partei.

Deutschemokratische Partei.

u. G. P. Deutschlands.

Der Masurenbund Kreisgruppe Johannisburg

schließt sich dieser Erklärung an und weist nochmals auf die Verpflichtung der Mitglieder der Heimatvereine hin, von jeder polnischen Versammlung, also auch von den Veranstaltungen des polnisch-masurischen Volksbundes fernzubleiben.